

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 9038/39  
Telefax: 886 846 ppbn d  
Telefax: 21 0664



## Inhalt

Horst Peter MdB zu westdeutschen Optionen und ostdeutschen Erfordernissen: Das Selbstbestimmungsrecht der DDR anerkennen.

Seite 1

Gernot Erier MdB zur Entwicklung in Bulgarien nach dem Schiwkow-Rücktritt: Chancen auf eine echte Perestrojka.

Seite 3

Prof. Klaus-Dieter Osswald MdB zum Ausgang der Wahlen in Jordanien: Pyrrhus-Sieg für die Demokratie?

Seite 5

44. Jahrgang / 221

16. November 1989

Das Selbstbestimmungsrecht der DDR anerkennen

Zu westdeutschen Optionen und ostdeutschen Erfordernissen

Von Horst Peter MdB

Nach den Tagen des deutsch-deutschen Wiedersehens wird bald der graue Alltag deutsch-deutschen Zusammenlebens eintreten. Die kalte kaufmännische Kalkulation ersetzt die bunte Euphorie. Das deutsche Sprichwort sagt, Ehen werden im Himmel geschlossen, aber auf der Erde und in der Hölle gelebt. Die neue deutsch-deutsche Liebe muß sich also im Alltag bewähren. Auf der Tagesordnung der anderen deutschen Republik, der DDR, steht die demokratische, soziale, ökologische und ökonomische Reform und die Modernisierung einer Gesellschaft und ihrer Volkswirtschaft. Die Bundesrepublik wird und muß dabei flankierende ökonomische Hilfestellung für den Reformprozeß in allen Sektoren der Gesellschaft leisten - schon als Ausgleich für die überproportionale Inanspruchnahme der Volkswirtschaft der DDR für von Gesamtdeutschland zu leistende Reparationen. Eine Radikalisierung der Abrüstungspolitik der Bundesrepublik, der außen- und verteidigungspolitisch nichts entgegensteht, würde der Bundesrepublik den notwendigen materiellen und finanziellen Spielraum verschaffen.

Den Alltag des deutsch-deutschen Normalisierungsprozesses bestimmt die Art des ökonomischen Beitrages der Bundesrepublik zu diesem Prozeß. Einer DDR, die ihren politischen Reformprozeß selbständig begonnen hat und die willens und fähig ist, den Transformationsprozeß in eine demokratische Republik mit legitimen Vertretungsorganen zu organisieren, muß die ökonomische Hilfe ohne ökonomische Vorbedingungen geleistet werden, ohne Erzwingung der ordnungspolitischen Kapitulation der Gesellschaft der DDR. Das Selbstbestimmungsrecht der Gesellschaft der DDR und ihrer Glieder muß auch bei der Bestimmung der ökonomischen Ordnung anerkannt werden.

Schon greint die FAZ, daß auch die oppositionellen Gruppen in der DDR am „Sozialismus festhalten“ wollten, daß dort „tatsächlich an den Sozialismus und auch an ein sozialistisches Wirtschaftssystem geglaubt wird“, während doch selbst „alte Kommunisten heute die Überlegenheit der Marktwirtschaft einräumen und von neuen sozialistischen Experimenten nichts mehr wissen wollen“.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217  
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kostenlos  
mit dem  
Presse-  
dienst



Gleichzeitig rüstet das deutsche Kapital zur Investitionsoffensive, um sich brachliegende Ressourcen, Arbeitskräfte, know how, Märkte und die besten Maschinenparks einzuverleiben, loten deutsche Banken den potentiellen Grundstücksmarkt aus. So wie die bundesdeutsche Wiedervereinigungsdebatte darauf zielt, eine selbstbestimmte und eigenständige Entwicklung der DDR im Keim zu ersticken, so laufen manche ökonomische Vorbereitungen auf den Ausverkauf und die Kolonialisierung der DDR hinaus. Dies wäre eine Entwicklung, die nicht im Interesse der Arbeitnehmer in der DDR ist.

Notwendig ist die technologische Modernisierung des Produktionsapparates, die ökologische Modernisierung, eine Reform des Lohn-, Preis- und Subventionsgefüges, die Reform der Lenkungs- und Planungsmechanismen und Steuerungselemente und die Dezentralisierung und Demokratisierung der Gesamtwirtschaft und der Wirtschaftseinheiten mit dem Ziel der Ergänzung der ökonomischen Ordnung der DDR um marktwirtschaftliche Elemente, die Einführung der betriebswirtschaftlichen Rechnungsführung in den Einzelbetrieben und Konzerngruppen, wahrscheinlich auch eine Währungsreform.

Flankierende Hilfe der Bundesrepublik muß dabei vordringlich der Verbesserung der Infrastruktur, der Verkehrs- und Energiesituation, der Kommunikation, der Wohnungsversorgung dienen, wahrscheinlich auch der know-how-Vermittlung in high-tech-Sektoren, in Vermarktung, Außenhandel und Management. Die volkswirtschaftliche und betriebswirtschaftliche Datensetzung und die Produktion dagegen muß der DDR überlassen bleiben.

Selbständige Betriebseinheiten können am Markt auch konkurrieren, wenn sie sich in demokratischem Gemeineigentum befinden. Die Diskussion in der Bundesrepublik verquickt unzulässig, aber aus bekannten Gründen die Frage der marktwirtschaftlichen Orientierung mit der Eigentumsfrage. Es geht in der DDR aber um eine marktwirtschaftliche Organisation und nicht die kapitalistische Durchdringung der Volkswirtschaft. Unzulässig ist diese Verquickung deshalb, weil Markt und Kapitalismus nur in den Köpfen weniger kapitalismusgläubiger Interessenten zusammengehört: im hochmonopolisierten Kapitalismus unserer Tage hat sich die marktwirtschaftliche Idee längst blamiert. Dagegen wird in der DDR wie auch in der Bundesrepublik der Wiedergewinnung genossenschaftlicher Eigentumsformen besonders in Handwerk und Dienstleistungen besonderes Gewicht zukommen.

Besondere Bedeutung und Gewicht und auch Verantwortung erhält in dieser Situation jetzt der Programmparteitag der SPD. Den deutschen Sozialdemokraten fällt die Chance und Aufgabe zu, mit dem neuen Programm ein auch für die Gesellschaften in Osteuropa und in der DDR diskussionsfähiges Modell formulieren zu können, das den Oppositionsgruppen, sozialen Bewegungen wie auch den regierenden Parteien eine Alternative zum Kapitalismus in seinen Varianten der brutalen und „sozialen Marktwirtschaft“ und zur stalinistischen Kommandowirtschaft entwickelt. Auf anderem Niveau und mit anderen Fragestellungen stehen Volkswirtschaft und Gesellschaft der Bundesrepublik vor ähnlichen Aufgaben: der demokratischen, sozialen und ökologischen Reform und Modernisierung. Auch hier gilt es einen Reformstau abzubauen, ohne bisher geeignete gesellschaftliche Interventionsformen gefunden zu haben.

Viele Interessenten meinen, der Sozialismus sei am Ende angelagt. Mir scheint, die Reformkräfte in der DDR sehen das anders.

(-/16.11.1989/vo-he/rs)

Chancen auf eine echte Perestrojka

Zur Entwicklung in Bulgarien nach dem Schiwkow-Rücktritt

Von Gernot Erlen MdB

Vorsitzender der Deutsch-Bulgarischen Parlamentariergruppe

Die Tage nach dem 9. November 1989 werden nicht nur in Deutschland unvergessen bleiben. Am 10. November begann in Bulgarien mit dem erzwungenen Rücktritt des 78jährigen Todor Schiwkow, der 35 Jahre die Zügel von Partei und Staat fest im Griff hatte, eine neue politische Zeitrechnung. Zuende geht damit auch der Versuch einer bulgarischen Variante der Perestrojka (bulg.: „Preustrojstvo“), der so typisch war für den mit allen Wassern gewaschenen Taktiker Schiwkow: ein bißchen Wirtschaftsreform, ein Stück Modernisierung der Verwaltung, ein wenig Öffnung nach Westen, abgedockt durch eine Portion Nationalismus (sichtbar in der Assimilierungspolitik gegenüber den Turkbulgaren), aber kein Vertrauen in die eigene Bevölkerung, keine Liberalisierung der Medien, keine wirklichen Reformen des politischen und gesellschaftlichen Lebens. Vor allem aber: stets blieb die alte Mannschaft verantwortlich auch für die „neue“ Politik. Schiwkows Prinzip war, jedem denkbaren Konkurrenten, der seinen Kopf aus dem Meer des Durchschnitts reckte, sofort die Beine wegzuziehen.

Schiwkows Rücktritt war zumindest von ihm selbst nicht geplant. Der alte Fuchs hatte noch einmal eine raffinierte Anpassung an den beschleunigten Systemwandel in Osteuropa versucht. Am 30. Oktober veröffentlichte er einen ellenlangen Text über den „Fortgang der Perestrojka in der gegenwärtigen Etappe und die Vorbereitung des 14. Parteikongresses“. In blumigen Worten ist dort die Rede von mehr Pluralismus und Demokratie, vom Rückzug der Partei aus den Staatsaufgaben und die Stärkung der gesellschaftlichen Selbstverwaltung. Ein letztes Rätsel warf er seinen Freunden noch zum Knacken hin, indem er orakelte von der Notwendigkeit der Schaffung einer „bürgerlichen Gesellschaft sozialistischen Typs“, was immer das sein sollte.

Die verbale Anpassung hat nicht mehr gereicht. Die Mehrheit des Politbüros übertrug am 10. November dem 53jährigen Außenminister Petar Mladenow die Bürde des Generalsekretärs. Auf der nächsten Parlamentsitzung wird die Funktion des Staatsoberhauptes dazukommen. Der dienstälteste Außenminister Osteuropas (seit 1971) hat sich bisher nicht gerade als feuriger Reformler profiliert. Noch am 8. November ließ er sich anlässlich eines China-Besuches mit „Besorgnis über die Lage bestimmter europäischer Länder“ vernehmen, womit die DDR, Polen und Ungarn gemeint waren. In seiner Antrittsrede kritisierte er eher formal das „administrative Leitungssystem“ und bekannte sich zu einem „modernen demokratischen Rechtsstaat“. Er ist vorsichtig, und das vielleicht zu Recht. Denn bereits in dieser Woche tritt das ZK erneut zusammen, und dann wird sich das Personalkarussell erst richtig drehen. Man hört, daß es die Hardliner Stojanow (ehemaliger Innenminister) und Danew (Parteichef von Sofia) wohl schwer haben werden, wieder ins Politbüro zu kommen. Die Chancen stiegen dagegen für Tschudomir Alexandrow (lange als Schiwkows Kronprinz gehandelt), für Stojan Mihajlow und Ognan Dojnow. Vor allem aber taucht plötzlich ein äußerst interessanter Name wieder auf: der des hochgebildeten Alexander Lilow, derzeit noch kaltgestellt als Direktor des „Instituts für moderne Sozialtheorien“ in Sofia, der 1983 seinen Platz im Politbüro und 1986 seinen Sitz im ZK verlor. Professor Lilow ist einer der wenigen politischen Köpfe Bulgariens, der in europäischen Kategorien und Perspektiven zu denken vermag und über die Folgen des KSZE-Prozesses für Südosteuropa gearbeitet hat. Es wäre ein ermutigendes Zeichen, wenn er jetzt ins politische Leben zurückgeholt würde.

Die eigentliche Reformchance besteht neben der Einwechslung neuer Köpfe in die Parteispitze in der Liberalisierung des politischen Lebens. Die KSZE-Umweltkonferenz, die vom 16. Oktober bis 3. November 1989 in Sofia stattfand, hat da am Rande Weichen gestellt. Mit neuem Selbstbewußtsein traten sechs verschiedene Oppositionsgruppen an die Öffentlichkeit, angeführt von der Gruppe „Öko-Glasnost“ unter Leitung des Schriftstellers Marko Gantschew. Der Versuch der Behörden, die Dissidenten festzunehmen und aus Sofia zu verbannen, scheiterte an internationalen Protesten aus den Reihen der KSZE-Konferenz.

Am 1. November schlossen sich die Gruppen zu einer Bulgarischen Sektion des Helsinki-Komitees („Helsinki-Überwachungskomitee“) zusammen und erhielten zum Abschlußtag der Konferenz erstmals das Recht zu einer Straßendemonstration. Das Komitee wandte sich am 6. November mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit, die in der Forderung einer „schnellen Demokratisierung des gesamten öffentlichen Lebens, um zu den zivilisierten Nationen aufzuschließen“, gipfelte. Bereits am kommenden Samstag werden die sechs Oppositionsgruppen erneut auf dem Platz vor der Alexander Newski-Kathedrale ihre Forderungen erheben können - mit dem Segen der Behörden.

Wegen der aktuellen Entwicklung in Bulgarien muß Stanko Todorov, der bulgarische Parlamentspräsident, der gerade mit einer Abgeordnetendelegation die Bundesrepublik besucht, sein Programm abkürzen. Seine Familie ist vom Ende der Ära Schiwkow unmittelbar betroffen: gestern las Todorow in den Zeitungen, daß seine Frau wieder in die Kommunistische Partei aufgenommen wurde. Der Grund für ihren Ausschluß war ihre aktive Mitarbeit in einer Ökogruppe, die gegen die Verpestung der Donaustadt Russe durch das auf dem anderen Ufer liegende rumänische Chemiekombinat protestiert hatte. Todorow kündigte in Bonn an, daß in der Volksversammlung zwei wichtige Gesetze auf der Tagesordnung stehen: eines über „Glasnost“ (Demokratisierung der Öffentlichkeit und der Medien) und eines über gesellschaftliche Organisationen. Er zeigte sich sicher, daß „in Kürze“ die bisher verfolgten Oppositionsgruppen einschließlich der illegalen Gewerkschaft „Podkrepa“ offiziell anerkannt würden. Dies soll für alle informellen Gruppen gelten, die sich „nicht gegen den Sozialismus“ stellen, erklärte der Parlamentspräsident und fügte hinzu „Aber das tun diese Oppositionsgruppen ja nicht“.

Auch Mladenow hat die führende Rolle der KP bisher nicht infrage gestellt, Todorow meinte in Bonn aber, sie werde sich auf ihre Führungsrolle in der Politik zurückziehen und weniger als bisher in Regierung und Wirtschaft hineinregieren. Es scheint so, daß die Bauernpartei jetzt eine wichtigere Rolle führen kann. Dessen ist sich jedenfalls Milena Stambolijka, die Enkelin des legendären Gründers der bulgarischen Bauernpartei Stambolijki, sicher, die als Stellvertreterin Todorows Mitglied der Delegation ist.

Das Bewußtsein der neuen Mannschaft scheint zu wachsen, daß ökonomische Reformen nicht auskommen ohne die Herstellung einer demokratischen Öffentlichkeit und ohne die Ermunterung jener gesellschaftlichen und politischen Triebkräfte, die einen politischen Reformprozeß nach Vorbild der osteuropäischen Nachbarn in Gang setzen können. „Preustrojstvo“ kann jetzt zu einer echten Perestrojka werden. Gorbatschow scheint sich auf diese etwas unerwartete Unterstützung für seinen Kurs zu freuen: er schickte Mladenow ein auffällig freundliches Glückwunschtelegramm.

(-/16.11.1989/vo-he/rs)

\* \* \*

### Pyrrhus-Sieg für die Demokratie?

#### Zum Ausgang der Wahlen in Jordanien

Von Prof. Klaus-Dieter Osswald MdB  
Sprecher der SPD-Fraktion in der „Parlamentarischen Vereinigung  
für Euro-Arabische Zusammenarbeit“

Wenn in einem Land nach 22 Jahren wieder mehr oder weniger frei gewählt werden kann, ist diese Tatsache schon für sich genommen ein Triumph für die Demokratie. Insofern sind die Wahlen, die in Jordanien stattfanden, auf jeden Fall zu begrüßen. Mit seinem in schon vielen schwierigen Situationen bewährten politischen Instinkt hat König Hussein wieder einmal im letzten Moment eine für ihn überlebensnotwendige Entscheidung gefällt. Durch wirtschaftliche Probleme, den Verfall des Dinars und innenpolitische Schwierigkeiten war der König im Lauf dieses Jahres immer mehr unter Druck geraten. Am deutlichsten wurde dies bei den Unruhen in Ma'an und anderen Städten, wo das bislang gültige Bild eines für die nahöstliche Region ungewöhnlich stabilen Staates einen deutlichen Riß bekam. So war es ein Gebot der politischen Klugheit, die seit längerem versprochenen Wahlen zuzulassen und damit ein Ventil für den wachsenden innenpolitischen Druck zu schaffen.

Daß der König sich dabei das Recht vorbehielt, das neugewählte Parlament jederzeit auflösen zu können, ist für die Demokratisierung in Jordanien ein Schönheitsfehler, für die Machterhaltung des Königs aber die notwendige Rückversicherung.

Problematischer als die demokratische Halbherzigkeit, die es in verschiedenen Formen in vielen „Demokratien“ gibt, kann für König Hussein und Jordanien aber das Wahlergebnis werden.

Nach den vorliegenden Ergebnissen gehören 34 von den 80 gewählten Abgeordneten zu den Muslim-Brüdern oder anderen islamischen Gruppen. Dieses Ergebnis für die Fundamentalisten überraschte selbst diejenigen, die vorausgesagt hatten, daß nun auch in Jordanien fundamentalistische Strömungen mehr politischen Einfluß gewinnen werden. Ein derartig deutliches Votum war nicht erwartet worden.

Es wird nun bereits als „schallende Ohrfeige für den König“ gewertet, der vor der Wahl dazu aufgerufen hatte, nicht für die islamischen Kandidaten zu stimmen.

Nach dem Iran und dem Libanon ist Jordanien nun ein weiteres Land im Nahen Osten, in dem eine konsequente Politik der Verwestlichung an ihre Grenzen stößt. In allen drei Fällen sind es vorwiegend zwei Ursachen, die diese Entwicklung begünstigen:

- Eine traditionelle Gesellschaftsordnung mit weitgehendem Einfluß der Religion auf alle Bereiche des Lebens läßt sich nicht so leicht modernisieren und säkularisieren.
- In Zeiten wirtschaftlicher Schwierigkeiten haben fundamentalistisch ausgerichtete Heilslehren welcher Couleur auch immer einen starken Zulauf und bekommen dadurch größeren politischen Einfluß.

Diese Erscheinungen sind keineswegs auf den Orient und den islamischen Kulturkreis beschränkt. Im Nahen Osten allerdings zeigt die Erfahrung, daß der überall zunehmende Fundamentalismus eine politische Richtung darstellt, deren Ziele sich mit demokratischen Vorstellungen nur schwer vereinbaren lassen. Die dazu gehörenden Merkmale Pluralismus und Toleranz vermißt man sowohl im Iran, als auch bei Hizbollah im Libanon und den Muslim-Brüdern in Ägypten und anderswo.

Fundamentalistische Strömungen haben so gut wie noch nie zu Frieden und Stabilität in einem Land beigetragen, sondern in der Regel zu Umsturz und Instabilität.

Selbst wenn im Einzelfall auch fundamentalistische Kritik an ungerechten Verhältnissen in einem Land noch so berechtigt ist, - die Lösungsvorschläge haben weder einen emanzipatorischen Charakter noch einen demokratischen Hintergrund, sie ersetzen in der Regel nur ein totalitäres System durch ein anderes.

Dieser Gefahr sieht sich König Hussein in Jordanien nunmehr deutlich ausgesetzt. Es wird abzuwarten sein, wie er sich dieser Herausforderung stellt.

Eines ist sicher: Die Zeit arbeitet seit langem im Nahen Osten für den Fundamentalismus. Viele Chancen sind verpaßt worden. Jordaniens mächtiges Nachbarland Israel ist gerade wieder dabei, eine historische Chance zu verspielen. Es ist fast paradox, wie im jordanischen Wahlkampf die Intifada von den Fundamentalisten instrumentalisiert wurde. Dabei ist das Ziel der PLO-Führung alles andere als ein islamisches Palästina mit fundamentalistischem Charakter.

Die Verwirklichung der Ziele der Intifada, ein selbstbestimmter demokratischer Staat für die Palästinenser, rückt durch die Unbeweglichkeit Israels keinesfalls näher. Gleichzeitig erfolgt eine Inkaufnahme des dadurch mitwachsenden Fundamentalismus, der seinerseits die Kompromißfähigkeit der palästinensischen Seite schwächt.

Das Wahlergebnis in Jordanien sollte somit insbesondere auch für Israel ein deutliches Warnsignal sein, sich den Friedensbemühungen nicht länger zu entziehen.

Die Gefahr, daß der Fundamentalismus nicht nur die besetzten Gebiete erobert, sondern auch rasch bei den arabischen Israelis um sich greift, ist nicht nur real, - dieser Prozeß ist bereits im Gange.

Militante Religiösität und ihre Instrumentalisierung für politische Zwecke dürfen nicht unterschätzt werden.

Die einzigen Mittel dagegen sind eine weitgehend demokratisch legitimierte Selbstbestimmung und die Aussicht auf soziale Gerechtigkeit. Ohne die Gewährung des Selbstbestimmungsrechtes für die Palästinenser durch Israel und ohne die Zulassung und Unterstützung wirklicher demokratischer Reformen in Jordanien wird in beiden Ländern der Fundamentalismus sehr schnell zu einem gefährlichen unkalkulierbaren Risiko werden, das die ganze Region wieder in eine neue Konfrontation ziehen kann.

(-/16.11.1989/vo-he/rs)

\* \* \*